

A-1 Bündnisgrüne Oppositionsführung - kritisch und konstruktiv

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 09.06.2023
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Rückblick auf den Wahlkampf

Antragstext

1 Wir nehmen unsere Aufgabe der Oppositionsführung an und werden in den nächsten
2 drei Jahren die Regierung kritisch begleiten und uns entschieden gegen eine
3 Politik des Rückschritts wenden. Berlin hat eine Politik verdient, bei der alle
4 Gruppen in den Fokus genommen werden; wir werden darauf achten, dass der
5 schwarz-roten Klientelpolitik eine Politik entgegengestellt wird, die alle
6 Menschen berücksichtigt. Wir werden auch in der Opposition für das kämpfen, für
7 das wir im Wahlkampf angetreten sind und fühlen uns dabei nicht nur unseren
8 Wähler*innen, sondern allen Berliner*innen verpflichtet. Wir werden die
9 verbleibende Wahlperiode nutzen, um konstruktiv bündnisgrüne Alternativen
10 aufzuzeigen und die besseren Konzepte für Berlin vorzulegen und öffentlich Druck
11 gegenüber der schwarz-roten Regierung aufzubauen.

12 Dabei bleiben wir unserem Motto treu, eine Politik zu machen, die der ganzen
13 Stadt zugutekommt. Ganz gleich ob für Stadtrandlagen mit Hochhaussiedlungen oder
14 Einfamilienhäusern oder für innerstädtische Bereiche, ganz gleich ob für jüngere
15 oder ältere Generationen. Wir werden den anderen Parteien in keinem Politikfeld
16 die Deutungshoheit überlassen. Wir werden die Zeit nutzen, um unsere Ansprache
17 adressat*innengerecht weiterzuentwickeln. Dabei werden wir den unterschiedlichen
18 regionalen und soziodemographischen Bedarfen noch gerechter werden und dafür
19 Sorge tragen, dass bei den notwendigen Anpassungen hin zu einer klimaneutralen
20 und klimaresilienten Stadt niemand unter die Räder gerät. Und unser Angebot wird
21 immer eines sein, dass vulnerable Gruppen schützt und geschlechter- und sozial
22 gerecht ist.

23 Wir wollen in den nächsten Jahren auch weiterhin eng mit der Zivilgesellschaft,
24 den Communities, den Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften und Unternehmen
25 zusammenarbeiten. Gemeinsam mit ihnen wollen wir Bündnisse schmieden und an
26 einem ökosozialen Berlin arbeiten. Geht es um den Fortschritt anstatt einem
27 Rückschritt, stehen wir für eine konstruktive Zusammenarbeit mit den anderen
28 demokratischen Parteien bereit. Strategische Bündnisse schließen wir immer dann,
29 wenn sie sich mit den bündnisgrünen Werten und ökosozialen Zielen verbinden
30 lassen und diese voranbringen. Beispielsweise bei der Absenkung des Wahlalters
31 auf 16 Jahre oder einer ernstgemeinten und substanziellen Reform der Berliner

32 Verwaltung. Mit dieser klaren Haltung blicken wir selbstbewusst auf 2026.

33 Die großen Herausforderungen, mit denen Berlin konfrontiert ist, werden wir nur
34 im Zusammenspiel meistern können. Wenn es jetzt und in Zukunft keine ehrliche
35 gemeinsame Verständigung unter den demokratischen Parteien bezüglich der
36 anstehenden Herausforderungen unserer Stadt gibt, werden die notwendigen
37 Transformationsschritte nicht rechtzeitig eingeleitet werden. Dabei geht es um
38 ein gutes Leben in Zukunft, aber auch immer um die konkreten Verbesserungen für
39 die Berliner*innen im Hier und Jetzt.

V-1 Ausbildung statt Abschiebung - Perspektive Berlin

Antragsteller*in: Hanno Kress (KV Berlin-Kreisfrei)

Tagesordnungspunkt: TOP 4 Verschiedenes

Antragstext

1 Das Recht auf Bildung ist ein zentrales Gut, das allen Kindern und Jugendlichen
2 gleichberechtigte Bildungschancen gewährleistet und in der Verfassung verankert
3 ist. In Berlin kommen unbegleitete geflüchtete Jugendliche an, die lange
4 Wartezeiten in Einrichtungen ohne Beschäftigung und Informationen zu ihren
5 Perspektiven verbringen müssen. Die Jugendlichen sind hoch motiviert und viele
6 verfügen über eine mittelschulische Allgemeinbildung; für Jugendliche ohne einen
7 Schulabschluss in ihren Heimatländern und ab einem Alter von 16. Jahren ist der
8 Zugang sowohl zu Allgemeinschulen als auch zu Oberstufenzentren oft erschwert.
9 Wie die schulische ist auch die berufliche Bildung für geflüchtete Jugendliche
10 entscheidend für ihre erfolgreiche Teilhabe und Integration/ Teilnahme in der
11 Gesellschaft. Gleichzeitig stellen sie eine Chance für Berlin dar, wenn sie als
12 Auszubildende, Nachwuchsfachkräfte und Mitbürger:innen einen schnellen Zugang
13 zum Bildungssystem bekommen. Gerade im Bildungs- und Gesundheitsbereich oder bei
14 den energie- und klimarelevanten Berufen stellt der zunehmende Fachkräftemangel
15 eine ernste gesellschaftliche Herausforderung dar.

16 1. Wir fordern nach der sofortigen Ersterfassung der Jugendlichen bei der
17 Erstaufnahme- und Clearingstelle (EAC) die Gewährleistung einer
18 umfassenden Betreuung der Jugendlichen durch die Träger der Jugendhilfe/
19 Hilfen zur Erziehung und schnellere Verfahren für die Alterseinschätzung,
20 damit die Jugendlichen so schnell wie möglich den für sie geeigneten
21 Zugang zum Bildungssystem bekommen. Dafür soll eine Task Force bei der
22 Senatsjugendverwaltung eingerichtet werden, um die Clearingsmaßnahmen
23 sowie die eingeleiteten Maßnahmen zur Teilhabe von unbegleiteten
24 geflüchteten Jugendlichen in den Bildungs- und Berufsweg steuert und
25 regelmäßig überprüft. Die Möglichkeit, Maßnahmen und später Prüfungen ggf.
26 in der Herkunftssprache oder auf Englisch mitzumachen bzw. abzulegen, muss
27 mit den zuständigen Stellen geprüft werden.

28 2. Wir sehen die Notwendigkeit, die Nutzung von Werkstätten in
29 Ausbildungszentren und Oberstufenzentren für geflüchtete Jugendliche auch
30 außerhalb der Geschäftszeiten zu ermöglichen, um ihnen z. B: über
31 Teilqualifikationen oder Einstiegsqualifikationen in Ergänzung von

32 vorhandenen Maßnahmen von Trägerorganisationen den Einstieg in die
33 berufliche Bildung zu erleichtern.

34 3. Die Geflüchteten brauchen einen sicheren Aufenthaltsstatus,
35 ausbildungsbegleitende Sprachkurse und schnellere Anerkennung ihrer
36 vorhandenen Qualifikationen. Wir wollen Unternehmen motivieren und
37 unterstützen, die geflüchtete Jugendliche als Auszubildende aufnehmen oder
38 die Vorbereitung für eine Ausbildung begleiten. Dies kann beispielsweise
39 durch finanzielle Anreize, Förderprogramme oder Beratungsangebote
40 geschehen. Viele Betriebe haben aber auch noch großen Nachholbedarf bei
41 den Themen Antidiskriminierung und Diversity. So müssen gerade KMU noch
42 vertiefter über vorhandene Möglichkeiten in den Bezirken informiert
43 werden.

Begründung

Auf Grund von Abstimmungsfragen zum Antrag stelle ich als Co-Sprecherin der LAG Bildung folgenden Antrag.

Unterstützer*innen

Ertan Öztürk (KV Berlin-Spandau), Klara Schedlich (LV Grüne Jugend Berlin), Christoph Wapler (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Tonka Wojahn (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Johanna Martens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Peter Michael Rulff (KV Berlin-Kreisfrei), Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei), Carola Ehrlich-Cypra (KV Berlin-Pankow), Tilo Pätzolt (KV Berlin-Kreisfrei), Ulrich Meuel (KV Berlin-Kreisfrei), Yannick Brugger (LV Grüne Jugend Berlin), Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei)